D 3 (R4) Lasst die Sau raus – das Volksbegehren gegen Massentierhaltung war nur der Anfang

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 15.04.2016
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

"Gute Landwirtschaft heißt für uns: Hochwertige Lebensmittel naturverträglich erzeugen, Tiere ihren Bedürfnissen entsprechend halten, unsere Kulturlandschaft pflegen und die biologische Vielfalt schützen! Gute Landwirtschaft bedeutet aber auch: Unternehmerische Freiheit, fair bezahlte Arbeitsplätze und faire Preise für die Produkte."

(Landtagswahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen 2014)

8

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg sagen Danke – den 104.000 Bürgerinnen und Bürgern, die das "Volksbegehren gegen Massentierhaltung" unterzeichnet haben, den zahlreichen Initiativen für eine andere Landwirtschaft im Land, den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, und allen grünen Mitgliedern, die diesen Erfolg mit unzähligen Stunden Engagement möglich gemacht haben.

Gemeinsam mit dem Volksbegehren haben wir richtig Bewegung ins Land gebracht: Von Elbe-Elster bis zur Prignitz wurde in den letzten Jahren über die Würde von Tieren, die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Landwirtschaft, die Preise und den Wert von Lebensmitteln, über das richtige Maß an Antibiotika-Einsatz, über das Mitspracherecht der Gesellschaft an moderner Landwirtschaft und vieles mehr diskutiert und gerungen.

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg hat nach intensiver Debatte entschieden, das mit den Koalitionsfraktionen ausgehandelte Ergebnis anzunehmen. Einen Volksentscheid wird es somit nicht mehr geben. Das Bündnis hat damit insbesondere die Erarbeitung eines Landestierschutzplanes (spätestens 2019 kein Kupieren von Schnäbeln und Schwänzen mehr, Reduzierung Antibiotika), einE LandestierschutzbeauftragtEr, einen Filtererlass für große Schweinemastställe (ab 10.000 Mastschweinen) und eine erste Verbesserung der Förderpolitik erkämpft. Das Tierschutzverbandsklagerecht, eines der Hauptanliegen des Volksbegehrens konnte damit noch nicht durchgesetzt werden.

Zudem ist gegenüber der SPD Skepsis angesagt: Beim erfolgreichen Volksbegehren für ein Nachtflugverbot mussten die Bürgerinnen und Bürger leidvolle Erfahrungen sammeln. Unsere Aufgabe als Bündnis 90/Die Grünen besteht jetzt darin, darüber zu wachen, dass die Versprechungen auch wirklich eingehalten werden.

Auch wenn der Anfang für mehr Tierrechte und (zaghaft) eine andere Agrarpolitik in Brandenburg gemacht ist: Das bisher Erreichte ist noch Lange nicht maximaler Tierschutz, noch lange nicht faire Landwirtschaft. Es stellt einen Kompromiss des Aktionsbündnis mit einer in Agrarfragen nahezu unbeweglichen und auf industrielle Großproduktion fixierte SPD da. Was rechtlich, praktisch und politisch beim Tierschutz möglich ist, zeigen die grün-mitregierten Bundesländern – mit Verbandsklagerechten, deutlich höheren Ansprüchen bei der Förderpolitik und Engagement der Regiergung für bäuerliche Strukturen. In Brandenburg aber können auch weiterhin Mega-Ställe gebaut (und gefördert) werden, ein wesentliches Ziel des Volksbegehrens bleibt also auch weiter auf unserer Agenda. Auch weiterhin ist die Rettung von Tieren im Brandfall fast

- nirgends möglich, sind lange Tiertransporte zu weit entfernten Schlachthöfen an der Tagesordnung, bleiben ohne das Verbandsklagerecht Tierschutzverstöße von Behörden ohne Folgen, ist Stall- statt Weidehaltung bei Rindern der Regelfall und folgt die Agrarpolitik in Brandenburg dem Ideal "Wachse oder Weiche" und ist auf die Billigpreise des Weltmarkts ausgerichtet, die viele Landwirte in den Ruin treiben.
- Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Agrarwende sagen wir deshalb: Das Volksbegehren war nur ein Anfang. Wir Bündnisgrüne streiten im Landtag, in den Kreistagen,
 Gemeindeparlamenten weiter für eine gute Landwirtschaft. Echten Tierschutz gibt es nur mit Grün!

Begründung

Erfolgt mündlich.